Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., fur ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 108. Freitag den 11. Mai. 1849.

Inland.

Berlin, den 10. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Hauptmann Lehmann, aggregirt dem 8ten kombinirten Reserve-Bataillon, dem praktischen Arzte Dr. Grätzer zu Breslau und dem Kanzlei-Direktor beim Ober-Appellationsgerichte zu Posen, Hofrath Behrens, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Förster Schönrock zu Nonnenheide in der Oberförsterei Magdeburger-Forth im Regierungs-Bezirk Magdeburg das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den bisherigen Direktor beim Tribunal zu Königsberg in Pr., von Kitzing, als Direktor an das Appellationsgericht zu Bromberg zu versetzen.

Der bisherige Rechtsanwalt, Justizrath Hünke in Posen, ist zum Rechtsanwalt bei dem Ober-Tribunale hierselbst; und der bisherige Justitiarius von Schmude zu Berlinchen zum Rechtsanwalt für den Bezirk des Kreisgerichts Soldin und zugleich zum Notar in dem Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. d. O. ernannt worden.

Dem Oberlehrer J. J. Rospatt am Gymnasium zu Münstereifel ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Posen, den 10. Mai. Aus zuverlässiger Quelle gehen uns über die Opfer des Breslauer Aufstandes folgende Notizen zu: Von den Trupps, die sich vortrefflich geschlagen haben und vom besten Geiste beseelt erschienen, sind a) geblieben: Lieutenant v. Necker vom 11. Inf.-Reg., Lieutenant v. Köppen vom 22. Inf.-Reg., 1 Unteroffizier 52 Gemeine; b) schwer verwundet: Lieutenant Pohl vom 23. Inf.-Reg., 1 Unteroffizier 10 Mann; leicht: 5 Mann. Von den Aufrührern sollen 51 geblieben sein. 69 sind größtentheils mit den Waffen in der Hand verhaftet worden.

Berlin, den 9. Mai. 2½ Uhr. Den eben hier eingetroffenen Nachrichten zufolge hat der Kampf in Dresden seinen siegreichen Fortgang gehabt. Heute Morgen zwischen 3 und 4 Uhr wurde das Posthaus, eine der wichtigsten Positionen, wo sich die Insurgenten stark verbarrikadirt hatten, von Sächsischen und Preußischen Truppen gemeinschaftlich mit Sturm genommen. Der Verlust der Truppen soll unbedeutend, der der Insurgenten dagegen sehr beträchtlich sein. Diesen Morgen waren mithin nur einige Theile im Innern der Altstadt noch nicht im Besitze der Truppen. Man würde auch diese leicht nehmen können, wenn man nicht Gebäude und Eigenthum möglichst schonen wollte. Man hoffte aber um so mehr, noch im Laufe des Tages oder bis zum Abend völlig Herr der Altstadt zu werden, da man der Verstärkung der Truppen durch 3000 Mann mit Sicherheit entgegensah.

— Der Eisenbahnzug von Leipzig ist heute Mittag regelmäßig eingetroffen. Die Ruhe ist daselbst vollkommen erhalten worden. Die meisten Anführer sind entflohen; auch der Ober-Bürgermeister Klingner, welcher der Theilnahme an den letzten Ereignissen beschuldigt worden, hat die Flucht ergriffen. Der Eisenbahnzug von Dresden ist um 1 Uhr nicht eingetroffen; es ist von Jüterbogk her telegraphirt worden, daß wegen Beschädigung der Lokomotive der Zug erst gegen 2 Uhr eintreffen wird.

So eben, 2½ Uhr, trifft der Eisenbahnzug von Dresden hier ein. Das Postgebäude, worin die Aufständischen sich noch hielten, soll von dem Militär Morgens 5 Uhr erstürmt worden sein.

— Wie wir vernehmen, ist man im Ministerrath nunmehr über die Art und Weise das Wahlgesetz zu ändern („das Wahlgesetzorganisiren," wie gewisse Blätter es nennen) einig geworden. Danach nämlich würde man von einer beschränkenden Interpretation des Worts „selbstständig" Umgang nehmen und sich mit der Klassifikation der Urwähler nach Steuerklassen begnügen. Es sollen 3 Klassen gebildet werden, und zwar, Nichtbesteuerte, Niedrigbesteuerte und Höchstbesteuerte, von denen Jede ein Drittheil der Wahlmänner zu wählen hat. Inwiefern dieser Wahlmodus in den größern Städten, wo keine Klassensteuer besteht, etwa eine Abänderung erleiden soll, darüber ist zur Zeit noch nichts bekannt.

— An der Börse wurde erzählt, der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, der während des Kampfes im Hotel de Saxe zu Dresden sich befunden, sei von Preußischen Soldaten unerkannt erschossen worden. Der Fürst soll beim Eindringen der Soldaten, im Wahne, es sei das Volk, das vom Hause Besitz nehme, sich bewaffnet und so in Folge eines Irthums auf beiden Seiten den Tod gefunden haben. (Anderen Nachrichten zufolge ist es nicht der Herzog, sondern ein Prinz von Schwarzburg-Rudolstadt, der Oesterreichischer Offizier war und sich einer Augenkur wegen in Dresden aufhielt, welchen dies Unglück betroffen hat). Ferner hieß es an der Börse: es werde mit 24Pfündern geschossen, und das Militair breche sich Bahn durch Durchbrechung der Häuser.

Breslau, den 8. Mai Abends. Von Krakau wird uns soeben mitgetheilt, daß der Durchzug der Russen daselbst sehr lebhaft vor sich geht. Am Sonntag Abend sind über 10,000 Mann und 50 Geschütze durchgekommen, das ganze Rüdiger'sche Corps soll folgen. Heute wurden 14,000 Mann Infanterie, 600 Pferde, 48 Stück Geschütz und 300 Fourage-Wagen erwartet.

— Die blutige Nacht ist vorüber. Die Schüsse sind verstummt, die Barrikaden hinweggeräumt, die Todten und Verwundeten an den Ort der Ruhe geschafft. Zwei der Opfer, die an der grünen Baumbrücke gefallen, trug man heute morgen auf den Achseln durch die Straßen. Ueberall stehen zahlreiche Militairpikets; die Stadt ist auf 2 Meilen im Umkreise in Belagerungszustand erklärt und Alles, was damit in Zusammenhang steht, ist nicht ausgeblieben. — Spuren von Schüssen sind insbesondere an der Häuslerschen Restauration in den „drei Kränzen" und am „blauen Hirsch" (auf der Ohlauerstraße), an dem „hohen Hause" (auf der Nikolaistraße) sichtbar. Ein Anschlag des Königlichen Polizei-Präsidiums fordert die suspendirte Bürgerwehr zur Ablieferung der geliehenen Gewehre bis um 2 Uhr auf, da man sie sonst zwangsweise abholen werde. Um 4½ Uhr zog die bewaffnete Macht mit Wagen durch die Sadt und forderte durch Trommelschlag zur Abgabe der Waffen auf; denn die erstere Aufforderung hatte keinen genügenden Erfolg gehabt, und jetzt ging die Ablieferung besser von Statten; schon hat man zwei volle Wagen solcher Gewehre fortgeschafft. Starke Militairpatrouillen durchziehen fortwährend die Stadt; das Militair ist auf alle Fälle gerüstet. Zahlreiche Verhaftungen sind im Laufe des Tages, wie man erwarten konnte, vorgekommen. (Schles. Z.)

Magdeburg, den 6. Mai. Die Preußische Regierung zieht in den nächsten Tagen drei Armeekorps zusammen. Das eine zwischen Görlitz und Hoyerswerda, unter Befehl des Generals Holleben, das zweite bei Erfurt, unter General Schack, das dritte bei Halle, unter Fürst Radziwil. Das Berliner Landwehrregiment kommt nach Halle. Die Absicht, welche der Bildung dieser drei Armeekorps zu Grunde liegt, ist klar. Einmal sollen sie verhüten, daß der Brand im Königreiche Sachsen nicht über die Preußische Grenze lodere; sodann ist es Absicht, eine Vereinigung der gährenden Elemente in Thüringen und jener in Sachsen durch die zwischengeschobenen Heeressäulen zu verhindern.

Magdeburg, den 6. Mai. Nachstehende Adresse ist in der Sitzung der Stadtverordneten vom 5. d. M. angenommen und an Se. Majestät den König, gleichzeitig Abschrift davon an die deutsche National-Versammlung in Frankfurt, gesandt worden:

Majestät! Die Note des Minister-Präsidenten Grafen von Brandenburg an den Königl. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, Hrn. Camphausen, und die Cirkularnote an die deutschen Regierungen vom 28. April c., worin definitiv ausgesprochen ist, daß Ew. Majestät Sich mit dem Rathe Höchstihres Staatsministeriums entschlossen haben, die auf Grund der in Frankfurt beschlossenen Verfassung dargebotene Kaiserwürde abzulehnen, hat die ehrfurchtsvoll unterzeichnete Behörde der Stadt Magdeburg auf das Tiefste erschüttert. Sie erkennt in dem von Ew. Majestät verantwortlichem Ministerium ertheilten Rathe, der jenem Entschlusse zum Grunde liegt, die unheilvollste Verkennung der Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen des Preußischen und Deutschen Volkes und die Keime der drohendsten Zerwürfnisse der Deutschen Bruderstämme unter sich und mit ihren Regierungen, wovon bereits jetzt die unzweideutigsten Zeichen vorliegen. Die unterzeichnete Behörde hat zunächst die heilige Verpflichtung, diese Ansicht im Namen der unendlich überwiegenden Mehrheit der hiesigen, von ihr vertretenen Bevölkerung, deren ernste und unumwundene Manifestationen keinen Zweifel über die öffentliche Meinung gestatten, auszusprechen. Im schneidenden Widerspruche mit der von Ew. Majestät Statsministerium ausgesprochenen Behauptung, daß die allgemeine Stimme des Preuß. Volks sich auf unzweideutige Weise mit dem von der Königl. Regierung eingeschlagenen Gange ihrer Politik einverstanden erklärt habe, stehen alle Kundgebungen, die hierorts und in Uebereinstimmung mit den anderweitigen bekanntgewordenen hauptsächlich in Betreff der Deutschen Frage erlassen worden sind. Im Angesichte der unvermeidlichen Gefahr, welche das Beharren der Königl. Regierung auf der eingeschlagenen Bahn der Krone und dem Gesammtvaterlande drohet, und in Erwägung, daß dieses Beharren vielleicht nur die Folge einer gänzlichen Verkennung des Thatbestandes der Verhältnisse ist, giebt daher die ehrfurchtsvoll unterzeichnete Stadtbehörde und zugleich im Geiste der Bevölkerung Magdeburgs die feste, unverbrüchliche Erklärung ab: „daß sie in vollster Uebereinstimmung mit den von ihren Vertretern in der aufgelösten zweiten Kammer am 21. April angenommenen Beschlüssen, die von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung als rechtsgültig und für alle Staaten Deutschlands, also auch für Preußen, verbindlich erachte, und daß sie sich demgemäß gegen alle Folgen eines ihrer Ueberzeugung nach verderblichen Regierungssystems, wie solches namentlich in den oben erwähnten Noten am 28. April ausgesprochen ist, auf das Feierlichste verwahren müsse." Wir beschwören Ew. Majestät, der Erreichung des erhabnen Zieles eines einigen, freien und glücklichen Deutschlands nicht ferner hemmend in den Weg treten zu lassen. Wir beschwören Sie darum im Interesse des Königthums, im Interesse des Volkes. Magdeburg, den 5. Mai 1849.

Die Stadtverordneten zu Magdeburg.

Köln, den 6. Mai. Die Abgeordneten der verbündeten constitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens waren heute hier zum Congresse versammelt, um über den bedroheten inneren Frieden des Vaterlandes und seine etwa noch mögliche Bewahrung Raths zu pflegen. Unter solchen, das ganze Gemüth aufregenden und es mit Bangen erfüllenden Umständen hatten die Vereine noch nie getagt. Das der Ernst des Augenblickes Alle ergriffen hatte, das bewies die ganze Haltung der Debatten. Ermuthigend und erhebend war es, die versammelten Abgeordneten zweier an Stammesart sehr verschiedenen Landschaften in der ganzen Auffassung der Lage des Vaterlandes und in allen wesentlichen, den Weg der Rettung betreffenden Ansichten so durchaus übereinstimmend zu erblicken. Man darf hieraus die Hoffnung schöpfen, daß die entgegenstehenden zu bekämpfenden Ansichten sich um so eher von ihrer Verlassenheit überzeugen und sie dem einmüthigen Willen des Volkes zum Opfer bringen dürften. Es wurden von den Versammelten eine Adresse an des Königs Majestät und eine öffentliche Erklärung beschlossen. Die letztgenannte lautet: Der Congreß der verbündeten constitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens erklärt: 1) daß er die von der verfassunggebenden Reichs-Versammlung am 28. März d. J. verkündete Deutsche Reichsverfassung anerkenne und daß eine Aenderung derselben nur durch die Reichs-Versammlung oder auf dem in der Verfassung vorgesehenen Wege erfolgen darf. 2) Das jetzige Preußische Ministerium hat das Vertrauen des Preußischen Volkes verloren, und kann nur durch dessen Rücktritt eine gedeihliche Lösung der bedrohlichen Staats-Verhältnisse gefunden werden. Es soll Se. Majestät der König gebeten werden, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel ungesäumt zu entlassen und sich mit einem volksthümlichen, wahrhaft constitutionellen und Deutschgesinnten Ministerium zu umgeben.

Düsseldorf, den 5. Mai. Es ist heute definitive Ordre zur Mobilmachung des 5. Ulanen-Regiments, so wie einer Compagnie des 17. Landwehr-Regiments angekommen. Welche Compagnie dies sein und welchen Zweck dieselbe erfüllen soll, ist unbekannt; doch soll dieselbe einstweilen in der hiesigen Infanterie-Kaserne und nicht bei den Bürgern einquartiert werden. Gestern Abends eilten vier Staffetten nach Essen, Iserlohn und nach zwei anderen Orten, um die Einberufungs-Ordre den dortigen Landwehr-Bataillonen zu überbringen. Man spricht von militairischen Maßregeln, welche die Zusammenkunft der Landwehr in Elberfeld, um dem Ministerium ein Mißtrauens-Votum zu geben und andere Beschlüsse zu fassen, verhindern sollen.

Düsseldorf, den 7. Mai. Vorgestern Abend spät wurde dem Abgeordneten der aufgelösten zweiten Kammer, Scherer, hierselbst ein feierliches Katzenständchen gebracht und hierbei eine große Zahl Fenster eingeworfen, gestern Abend dagegen dem Lasalle im Gefangenhause vor seinem Fenster ein dreifaches Hoch zugerufen.

Coblenz, den 4. Mai. Der hiesige Bürger-Verein (der sogenannte Preußen-Verein) hat im Sinne der Erklärung des Bonner constitutionellen Vereins eine Zuschrift an die Frankfurter Reichs-Versammlung erlassen. Ein motivirtes Mißtrauens-Votum gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel, in welchem der Verein sein tiefes Bedauern über die unnöthige und gefahrdrohende Auflösung der zweiten Kammer und die Erwartung ausspricht, daß der neuen Kammer ein neues, volksthümliches Ministerium entgegen trete — war in der vorletzten Sitzung beschlossen und in der gestrigen Sitzung vorgetragen worden, konnte aber nicht zur Abstimmung gebracht werden, weil der Präsident die Sitzung wegen Störungen, die besonders von den zahlreich anwesenden Demokraten ausgingen, aufheben mußte. Es wird darüber nun in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden.

Münster, den 4. Mai. Das hiesige General-Commando hat gestern Abends die Ordre erhalten, zur unverweilten Mobilmachung von sechs Landwehr-Bataillonen zu schreiten, wovon, so viel ich vernommen, drei in der Provinz bleiben und nur auf die Stärke von 600 Mann gebracht, die übrigen aber wahrscheinlich nach dem Rheine dirigirt werden sollen und eine Stärke von 800 Mann erhalten. Außerdem wird noch das 6. Ulanen-Regiment und die hier garnisonirende 2. Fuß-Artillerie-Compagnie auf Kriegsfuß gesetzt.

Neumünster, den 6. Mai. In der heute hier stattgehabten Centralversammlung der Schleswig-Holsteinischen Volksvereine, auf welcher 20 Vereine durch Abgeordnete vertreten waren, ist der Beschluß gefaßt worden, an die Landesversammlung den Antrag stellen:

dieselbe möge: 1) nach bereits geschehener Anerkennung der Reichsverfassung nunmehr auch das die Herzogthümer an Dänemark noch knüpfende Band der Personal-Union für gelöst erklären, und 2) bei der Staatsregierung die geeigneten Anordnungen zur schleunigsten und energischen Entwickelung aller Wehrkraft des Landes erwirken.

Dieser Beschluß ist dem Büreau der Landes-Versammlung unter Bezugnahme auf den Beschluß der deutschen Nationalversammlung, nach welchem die Landesvertretungen der deutschen Volksstämme in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen sind, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird, mit der Bitte

um schleunigste Einberufung unserer Landes-Versammlung mitzutheilen. (Nd. fr. Pr.)

Frankfurt a. M., den 4. Mai. Die Erklärung des Preußischen Ministerii vom 28. April, durch Herrn v. **Gagern** der National-Versammlung mitgetheilt, wurde am 3. d. M. dem dreißiger Ausschuß überwiesen und hat 8 Anträge von **Wiedenbrugk** zur Folge gehabt. Die **Wiedenbrugk**schen 7 ersten Anträge sind in der gestrigen Sitzung, die bis spät Abends dauerte, mit 190 gegen 188 Stimmen angenommen worden. Dagegen wurden alle übrigen weitergehenden Amendements und Anträge der Linken, namentlich die auf sofortige Vereidigung der Beamten und Truppen auf die Deutsche Verfassung abgelehnt. Es zeigte sich darüber laute Unzufriedheit auf der Linken und den Tribünen. Die nächste Sitzung wird am Montag stattfinden. Herr **von Beckerath** ist heute ausgetreten.

Frankfurt, den 5. Mai. Aus der Pfalz treffen sehr schlimme Nachrichten ein. Die „Republik" ist die Losung der zahlreichen Volks-Versammlungen, die dort täglich gehalten werden. In Dürkheim, Frankenthal und anderen Orten des Hardtgebirges sind die Baierischen Farben und das Königliche Wappen an öffentlichen Gebäuden und Gränzphälen herabgerissen worden. Selbst das Landvolk erscheint massenweise bewaffnet, und in den Städten hat die Bürgerwehr den Eid auf die Vertheidigung der Reichs-Verfassung abgelehnt. Diese Vereidigung dürfte eine allgemeine werden; wir hören davon aus vielen Orten selbst in den alten Landen. Ich war gestern in Hanau, wo sich ein förmlicher Vertheidigungs-Ausschuß gebildet hat, der ganz offen seinen Zweck bekennt, Freischaaren zu organisiren und Waffen zu vertheilen, wo es daran fehlt. — Große Vorbereitungen werden getroffen für die Versammlung der März-Vereine, welche nächsten Sonntag in der hiesigen Katharinenkirche gehalten werden soll. Man erwartet Zuzug von der ganzen Umgegend und noch weiter her. — In Homburg wird trotz des Verbotes der National-Versammlung fortgespielt. Der Landgraf hat erklärt, er werde nur der Gewalt weichen, um seinen Vertrag zu brechen. Diese Gewalt soll dann morgen in Gestalt von 500 Preußen erlassen werden.

Frankfurt a. M., den 6. Mai. In Folge der aus der **Pfalz** eingegangenen Nachrichten ist heute morgen um 7 Uhr das hier garnisonirende Bataillon vom 6. Baierischen Infanterie-Regiment, und etwas später auch die Schwadron Baierischer Chevauxlegers nach dem Schauplatz der Unruhen abmarschirt. Unmittelbar nachher traf, um die Lücke in der Besatzung wieder auszufüllen, ein Bataillon des 2. Kurhessischen Infanterie-Regiments aus Fulda hier ein.

Frankfurt a. M., den 6. Mai. **211 Sitzung der deutschen Reichsversammlung.** Berathung wegen Durchführung der Reichsverfassung. Die Sitzung wird um 9½ Uhr durch den Hrn. **Simson** eröffnet. Alle Gallerieen sind voll besetzt. Man bemerkt viele Deputirte der Märzvereine, die übermorgen ihre Generalversammlung halten, so wie auch einige Abgeordnete der zweiten Preußischen Kammer.

Nach Verlesung des Protokolls zeigt der Präsident den Austritt dreier Preußischen Mitglieder an, unter ihnen Hr. v. Beckerath. (Große Aufregung.)

Präsident: Ich habe von dem Dreißiger-Ausschuß einen dringlichen Antrag nebst mehreren Minoritäts-Anträgen erhalten. (Hört, hört!) Der Präsident verliest unter tiefem Schweigen des Hauses Nachstehendes:

Dringlicher Antrag des Ausschusses zur Bericht-Erstattung über den Bericht der Deputation nach Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündeten Reichs-Verfassung nöthig erscheinen. In Erwägung 1) daß es unmöglich ist, die Verfassung des deutschen Reiches auf dem in ihr selbst vorgezeichneten Wege ins Leben zu führen, so lange das erwählte Reichsoberhaupt dieselbe nicht anerkannt hat und die Wahlen zum Reichstage nicht ausschreibt; — 2) daß die Regierungen mehrerer deutschen Staaten die Verfassung Deutschlands noch nicht anerkannt, daß die von Preußen und Baiern die entgegengesetzte Ansicht ausgesprochen haben; — 3) daß auf der Grundlage der gegebenen Verfassung nur dann eine gedeihliche Entwickelung des öffentlichen Rechtszustandes für Deutschland zu erwarten steht, wenn die Würde des Reichs-Oberhauptes mit der Krone Preußen verbunden wird; — 4) daß, wenn nach dem Abschluß der deutschen Verfassung die deutsche Nationalversammlung sich auflösen wollte, sie den ihr vom deutschen Volke unter Zustimmung der Regierungen ertheilten Auftrag nur zur Hälfte erfüllen würde, indem die neue Constituirung Deutschlands nicht mit dem Ausarbeiten einer Verfassung, sondern erst dann bewirkt ist, wenn Deutschland in Wirklichkeit unter der beschlossenen Verfassung geeinigt ist; — 5) daß mit Auflösung der National-Versammlung die provisorische Central-Gewalt ganz gegen ihre Bestimmung in eine rein absolute Regierungsform umgewandelt oder der Bedingungen ihrer Existenz beraubt werden würde; — daß die provisorische Centralgewalt, welch hoher Werth auch darauf zu legen ist, daß sie bis dahin, wo eine neue verfassungsmäßige Gesammt-Regierung ins Leben getreten sein wird, im Sinne des Gesetzes vom 28. Juni 1848 fortbestehe und fortwirke, gleichwohl nach eben diesem Gesetze, weder befugt noch verpflichtet ist, Handlungen vorzunehmen, zu welchen das Recht erst aus der Verfassung selbst hergeleitet werden kann, namentlich das Ausschreiben von Wahlen, die Eröffnung des Reichstages; — 7) daß der Uebertragung dieser Functionen auf die provisorische Central-Gewalt ebensowohl, als der Schaffung einer neben oder an die Stelle der Centralgewalt tretenden neuen Gewalt, formelle und politische Bedenken entgegenstehen; — 8) daß in dem gegenwärtigen Augenblicke der Bundesstaat nicht mehr besteht, sondern — und zwar mit Zustimmung der Regierungen — aufgehoben ist, der wirklichen Durchführung des beschlossenen Bundesstaates aber die auseinandergehenden und zu keiner anderweiten Einigung gedeihenden dynastischen Interessen mehrerer Regierungen in demselben Maße offen und heimlich entgegenarbeiten, als das deutsche Volk andererseits sich überall zu dieser Verfassung bekannt, und nicht minder durch die entschiedene und friedliche Haltung seiner Bürger, als durch den hohen Muth seiner Krieger lautes Zeugniß ablegt für seinen Beruf zu einer großen geschichtlichen Entwickelung; — in Erwägung 9) daß Deutschland, wenn die Nationalversammlung es in dieser Lage sich selbst oder dem Ungefähr der sich mannigfach kreuzenden dynastischen Interessen überlassen wollte, einem gänzlichen politischen Zerfallen oder doch unsäglichen neuen Wirren, sein Wohlstand aber den vernichtendsten Schlägen entgegengehen würde; — 10) daß bei dieser Lage Deutschlands schon ein über dem geschriebenen Rechte stehendes Gesetz der Gesammt-Vertretung der Nation das Recht giebt und die Pflicht auferlegt, die Existenz des gemeinsamen Vaterlandes zu sichern und zu thun, was dasselbe allein zu retten vermag, daß aber auch bis dahin, wo die Verfassung wirklich ins Leben getreten sein wird, die höchste gesetzgebende Gewalt für Deutschland der National-Versammlung von dem Volke anvertraut ist: beschließt dieselbe die in Nr. 106 mitgetheilten Anträge.

Minoritäts-Antrag 1. des Abg Vogt von Gießen. In Erwägung, das Friedrich Wilhem IV., König von Preußen, die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen definitiv abgelehnt hat und dadurch die getroffene Wahl erledigt ist, eine andere Wahl derzeit aber unthunlich erscheint; — daß die Regierungen: Preußen, Baiern, Hannover und Sachsen die unbedingte Annahme verweigert haben, und daß die Regierung von Oesterreich durch Anrufung Russischer Hülfe ihre Bundespflicht verletzt hat, das Gebiet des Deutschen Reiches von Ruff. Truppen wirklich überschritten worden ist und sowohl hierdurch als durch die Weigerung der erwähnten Regierungen das Vaterland in Gefahr ist, beschließt die National-Versammlung: 1) die verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers werden, bis zur völligen Durchführung der Verfassung in ganz Deutschland, einem Reichsstatthalter übertragen, den die Nationalversammlung erwählt; 2) wählbar zu dieser Würde ist jeder volljährige Deutsche; 3) der Reichsstatthalter leistet sogleich nach Annahme der Wahl vor der Nationalversammlung den Eid auf die Reichsverfassung; 4) sie bestimmt den 1. Aug. d. J. als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf den Grund der Verfassung in Frankfurt a. M. zusammen zu treten hat; 5) sie bestimmt als den Tag, an welchem im Deutschen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 15. Juli d. J.; 6) mit der Beeidigung des Reichsstatthalter hört die provisorische Centralgewalt auf; 7) die Nationalversammlung erläßt einen Aufruf an das Deutsche Volk, in welchem sie zum Festhalten an der Reichsverfassung und zur thatkräftigen Bekämpfung jeglichen Widerstandes gegen die Durchführung derselben auffordert; der Dreißiger-Ausschuß ist mit Vorlage eines Entwurfs zu diesem Aufrufe beauftragt; 8) die Nationalversammlung fordert sämmtliche Regierungen auf, ihre ganze bewaffnete Macht, mit Einschluß der Bürgerwehren, sofort auf die Reichsverfassung vereidigen zu lassen. Für den Fall, daß einzelne Regierungen diese Vereidigung bis zum 20. Mai nicht vollzogen hätten, werden sämmtliche Abtheilungen in den betreffenden Ländern ermächtigt und aufgefordert, diese Vereidigung selbstständig vorzunehmen; — 9) sämmtliche im Dienste des Reiches stehenden Truppen werden sofort auf die Reichsverfassung vereidigt. Die Centralgewalt wird mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt; — 10) die vertagten oder aufgelösten Volksvertretungen der renitenten Regierungen werden aufgefordert und ermächtigt, sich sofort in ihrer letzten Zusammensetzung, aus eigener Machtvollkommenheit, an jedem passenden Orte zu versammeln und die geeigneten Maßregeln zu treffen, um den Widerstand ihrer Regierungen gegen die Reichsverfassung zu beseitigen; 11) in den größeren Deutschen Staaten, welche die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung verweigern, sind die einzelnen Provinzen und Kreise ermächtigt und aufgefordert, die Reichsverfassung nebst dem Wahlgesetze selbstständig anzunehmen und einzuführen; 12) die Nationalversammlung erklärt jeden Vertrag über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppen solcher Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, für unstatthaft, unwirksam und verfassungswidrig; 13) die National-Versammlung erklärt den Einmarsch Ruff. Truppen in Oesterreich für eine Verletzung des Reichsgebietes und erklärt diejenigen, welche diesen Einmarsch Ruff. Trupen veranlaßten, oder ihre Zustimmung dazu gaben, für Verräther am Vaterlande. Sie fordert das gesammte Deutsche Volk auf, mit allen Mitteln diesem Verrathe zu widerstehen; entbindet diejenigen Truppen, welche zur Mitwirkung an solchem Verrathe befehligt werden sollten, des Eides gegen ihre Oberen und giebt der Centralgewalt auf, sofort in Gemäßheit dieses Beschlusses den Reichskrieg gegen Rußland und die verrätherische Regierung Oesterreichs zu erklären.

Zusatz-Antrag des Abg. Umbscheiden zum 1. Minoritäts-Antrage. Für die Wahlen zum ersten Reichstage wird von der Bildung neuer Wahlbezirke, so wie von den hierauf Bezug habenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes Umgang genommen. Die Wahlen finden für dieselben Bezirke statt, welche für die Wahlen zur Nationalversammlung gebildet waren. Sollten Einzel-Regierungen den Wahlakten die erforderliche Mitwirkung versagen oder denselben sogar Hindernisse in den Weg legen, so wird von Reichs wegen die genügende Vorsorge getroffen werden.

Minoritäts-Antrag 2. des Abg. Venedey. Die Natinal-Versammlung beschließt: 1) die Wahlen zum ersten Reichstage auf den 15 Juli und die Zusammenberufung desselben Reichstages auf den 15. August anzuordnen. 2) Die unmittelbare Beeidigung aller Behörden und Truppen auf die Verfassung in allen Ländern anzuordnen, wo die Verfassung bereits von den Regierungen angenommen ist. (Der zweite Theil desselben wird zugleich als Zusatz-Antrag zu dem Ausschuß-Antrage bezeichnet.)

Minoritäts-Antrag 3 des Abgeordneten Simon von Trier. Die National-Versammlung beschließt: 1) Die Regierungen der deutschen Einzelstaaten haben nach Maßgabe der §§. 14. 191 und 193. der Reichsverfassung sofort die Beeidigung sämmtlicher Beamten des Militair- und Civilstandes auf die Reichsverfassung und die zur Durchführung derselben verpflichtete Centralgewalt vorzunehmen 2) Die Nationalversammlung erklärt jeden Vertrag zwischen Einzelstaaten über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppenkörpern solcher Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, für verfassungswidrig, unstatthaft und unwirksam. — Mit großer Mehrheit wird die Dringlichkeit anerkannt, und so ben will Hr. **Wydenbrugk** Namens des Ausschusses die Debatte eröffnen, als der Präsident anzeigt, es lasse das Reichministerium die Versammlung ersuchen, die Sitzung auf eine halbe Stunde auszusetzen, da das Reichsministerium eine Mittheilung zu machen habe. (Sensation.)

Die Sitzung wird um 10¼ Uhr wieder eröffnet. Das Reichsministerium, Hr. v. Gagern an der Spitze, tritt ein.

Präsident: So eben erhalte ich folgende Zuschrift des interimistischen Ministerpräsidenten: „Am 28. v. M. hat die königliche preuß. Regierung außer der Note, welche bezüglich der Verfassung des deutschen Reichs und bezüglich der auf Se Maj. den König von Preußen auf Grund dieser Verfassung gefallenen Wahl zum Reichs-Oberhaupt an den königl. Bevollmächtigten bei der Centralgewahlt erlassen und in offiziellem Wege zur Kenntniß der provisorischen Centralgewalt und der National-Versammlung gebracht worden ist, eine weitere, denselben Gegenstand betreffende Cirkular-Note an die königl. preuß. Missionen bei den deutschen Regierungen gerichtet. Von dieser Cirkular-Note ist zwar die provisorische Central-Gewalt nicht in offizieller Weise in Kenntniß gesetzt worden; sie ist aber durch den Pr. Staats-Anzeiger zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Das Reichsministerium beehrt sich, ein Exemplar des betreffenden „Pr. St.-Anz. an den Hrn. Präsidenten der verfassunggebenden Reichs-Versammlung zur Vervollständigung des Materials zu den bevorstehenden Verhandlungen gelangen zu lassen. Mit Bezug auf die Stelle der Note aber, die da sagt: „„Im festen Vertrauen auf die Zustimmung, die ihr von allen gesunden und redlichen Elementen im eigenen Lande zu Theil werden wird, ist sie darauf gefaßt, den zerstörenden und revolutionären Bestrebungen nach allen Seiten hin mit Kraft und Energi entgegenzutreten, und wird ihre Maßregeln so treffen, daß sie den verbündeten Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hilfe rechtzeitig leisten könne. Die Gefahr ist eine gemeinsame, und Preußen wird seinen Beruf nicht verleugnen, in den Tagen der Gefahr einzutreten, wo und wie es Noth thut,"" erklärt das Reichs-Ministerium Namens der Central-Gewalt, daß, nachdem das Gesetz vom 28. Juni 1848 über Einführung einer provisorischen Central-Gewalt für Deutschland, die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, der provisorischen Centralgewblt übertragen hat, sie, der Rechte wie der Pflichten, die ihr demnach obliegen, eingedenk bei der Erfüllung derselben auf die Unterstützung der Einzelstaaten, eines jeden nach seinen Kräften rechnet; einen Anspruch aber auf allgemeine Leitung gemeinsamer Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Reichs-Friedens, insofern dieser in der angeführten Stelle liegen sollte, einem Einzelstaate nicht zugestehen könnte. Frankfurt, den 4. Mai 1849.

H. Gagern.

(Schluß der Sitzung morgen.)

Darmstadt, den 6. Mai. Heute Morgen kam mit einem Extrazuge von Frankfurt her ein Regiment bairischer Infanterie. Die Gemeinen sahen sehr fröhlich aus und riefen ein Vivat (wem, war nicht erkennbar); die Offiziere sahen verlegen drein. Folgende Ansprache ward in vielen gedruckten Exemplaren in die Waggons geworfen: Soldaten! Ihr seid Bürger, Söhne des Volkes! Das Volk hat Euch ausgerüstet, um seine Freiheit und seine Rechte zu schützen! Ihr werdet wissen, was Ihr zu thun habt, wenn man Euch **gegen** das Volk führt, dessen Freiheit und Verfassung Ihr vertheidigen sollt. Im Namen Eurer Väter, Eurer Mütter, Eurer Brüder, im Namen unseres deutschen Vaterlandes fordern wir Euch auf, führt die Waffen nicht **gegen** das Volk! Fechtet namentlich nicht gegen die, welche die National-Versammlung und die von ihr beschlossene Reichs-Verfassung aufrecht erhalten wollen, zu deren Schutz auch Ihr verpflichtet seid. Soldaten! Deutschland zählt auf Euch! Unauslöschliche Schande würde den treffen, der die Waffen auf seine Brüder zückte! Bedenkt, daß Ihr dereinst einmal wieder an Euren häuslichen Heerd zurückkehrt und dann Bürger seid wie die, gegen die man Euch jetzt führen will! Es lebe das deutsche Volk! Es lebe das brave deutsche Heer!

Viele Bürger Darmstadts.

Wiesbaden, den 2. Mai. So eben hat unsere Kammer einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: „1) Die Regierung aufzufordern, nach Maßgabe der §§. 14 und 193 der Reichsverfassung schleunigst die Beeidigung des Militairs und der Beamten zu veranlassen; 2) die Regierung aufzufordern, der Deutschen Centralgewalt die Mittheilung zu machen, daß ihr die bewaffnete Macht Nassau's zur Durchführung der Verfassung zur Disposition stehe." Regierungskommissair Bertram erklärte Namens der Regierung, daß dieselbe alle ihre Kräfte aufbieten würde, um die Reichsverfassung aller Orte zur Anerkennung zu bringen, und daß sie diese Beschlüsse der Kammer sofort vollziehen werde. Die Kammer hat ferner folgenden Beschluß gefaßt: „eine Kommission sofort zu ernennen, welche alsbald Vorschläge zu machen habe, wie das gesammte Nassauische Volk durch die Bürgerwehren zu bewaffnen sei."

Dresden-Neustadt, den 7. Mai, 11 Uhr Vormittags. Der Kampf dauert fort. Vor einer Stunde ist wieder ein Bataillon Preußen mit klingendem Spiele hier eingerückt. Es wird diesen Nachmittag am Angriff Theil nehmen. Verwundete Militairs sind diesen Vormittag sehr viele in das Hospital gebracht worden. Gefangene hat man nicht viel vorbei transportiren sehen. Augenblicklich scheint der Kampf zu ruhen, denn der Kanonendonner schweigt.

Abends 10 Uhr. Nach fünf durch den Kriegslärm gestörten Tagen haben wir hier in der Neustadt die erste ruhige Nacht. Unsere litairischen Vorposten sind auf der Meißner, Großenhayner und Bautzner Straße ziemlich weit vorgeschoben. Beide Eisenbahnhöfe, der Leipziger und Schlesische, sind militairisch besetzt, ohne daß jedoch dem Verkehr irgend welches Hinderniß in den Weg gelegt würde. Nur Bewaffnete werden angehalten. Der unglückselige Kampf, die Unterdrückung der Insurrektion, ist jetzt wohl als dem Schlusse nahe anzusehen. Heute früh waren die Truppen von dem viertägigen Straßen-Bivouac und 36stündigen, fast unausgesetzten Kampfe todtmüde. Da kam aber wieder ein Preußisches Grenadier-Bataillon an, rückte mit frischen Kräften ins Feuer, und diesen Nachmittag haben die Truppen bedeutende Fortschritte gemacht. Der ganze östliche und nordöstliche Theil der Stadt bis an die Rosmaringasse, so wie andererseits das Gewandhaus und die Kreuzgasse, bis mit dem Kreuzthurme, ist in dem Besitz derselben, so daß die Aufständigen auf einen nur geringen Theil der Stadt beschränkt sind. Morgen wird jedenfalls der Kampf gänzlich beendigt sein, da nöthigenfalls selbst schweres Geschütz in Anwendung gebracht werden soll. Indeß ist Hoffnung vorhanden, daß es bis zu diesem Aeußersten nicht kommen wird, in-

dem die Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung und die übrigen Leiter des Aufstandes entweder schon jetzt das Weite ge- sucht haben oder es noch in dieser Nacht zu bewerkstelligen su- chen werden, um den Kavallerie Pikets, welche die Stadt umgeben, zu entgehen. Uebrigens sind mehrere der bekannten Theilnehmer ge- tödtet worden. Die Verluste des Militairs sind nicht unbedeutend. Wie hoch sich die Anzahl der Todten beläuft, vermag ich noch nicht näher anzugeben. Daß auf Seiten der Aufständigen der Verlust am Ende noch bedeutender sein dürfte, als beim Militair, das läßt sich nach der Erbitterung beurtheilen, mit der die Soldaten, nachdem so mancher Kamerad von ihnen geblieben, gekämpft haben. Diesen Nachmittag und Abend sind von Sächsischen Soldaten viele Gefangene eingebracht worden, welche zumeist der Jugend oder dem Handwerker- stande angehörten. Von fremden Nationalitäten hat man, so viel ich weiß, zur Zeit nur zwei Galizier gefangen genommen.

Den 8. Mai 5 Uhr früh. So eben rückt das dritte Bataillon des Regiments Alexander hier ein. Die Neustadt ist vollgestopft von Soldaten.

— Die hiesige Königliche Kreis-Direktion hat gegen den Advo- katen Samuel Erdmann Tzschirner, Regierungs-Rath Karl Todt und Kreis-Amtmann Otto Leonhard Heubner wegen des von ihnen begangenen Verbrechens, sich als provisorische Regierung des Kö- nigreichs Sachsen zu konstituiren, am 7. Mai einen Steckbrief erlassen.

Dresden, den 7. Mai. Als am 5. d. M. das Füsilier-Bat. des Kaiser Alexander-Grenadier-Regim. auf der Eisenbahn in Röderau an- langte, weigerte sich das dortige Eisenbahn-Personal, die Weiterbeförde- rung zu bewirken, indem es vorgab, daß theils die Eisenbahnschienen aufgerissen seien, theils Preußische Locomotiven und Wagen auf der sächsischen Bahn nicht fahren könnten. Als kein Zureden half, erklärte der preußische Befehlshaber den Bahnhof von Röderau in Belage- rungszustand, und unter dem Schutze desselben wurden die in der Nähe des Bahnhofs aufgerissenen Schienen sofort hergestellt, auch die Weiterbeförderung ins Werk gesetzt. Dem Locomotivführer wur- den zwei Füsiliere mit geladenen Gewehren zur Seite gestellt, um seine Befürchtungen, daß man mit Preußischen Lokomotiven auf der sächsischen Eisenbahn nicht fahren könne, zu zerstreuen. Auf dem Wege nach Dresden fand man die Bahn noch einmal aufgerissen. Es war dies von Freischärlern geschehen, welche kurz vorher von Leip- zig auf der Eisenbahn nach Dresden gefahren waren, und die von ihnen aufgerissenen Schienen mitgenommen hatten. Um 4 Uhr Nach- mittag endlich kam das Bataillon in Dresden an. Der Empfang war äußerst festlich und enthusiastisch. Das sächsische Militair zog ihm mit 2 Musik-Corps und lebhaften Hurrahs entgegen, das Schwen- ken der Hüte und Tücher in der Neustadt bezeugte die Freude über die den braven sächsischen Truppen herbeigeeilte Hülfe. — Heute Morgen ist auch das andere Bataillon des Alexanderregiments ein- gerückt.

In der Leipziger Zeitung lesen wir folgende sonstige Be- richte über die Dresdener Ereignisse ergänzende Mittheilung: Dresden, 7. Mai, Mittags 12 Uhr. Die Besatzung besteht aus 2 Bataillonen Königlich Preußischer Garde-Infanterie und 7½ Ba- taillonen Königlich Sächsischer Infanterie, 2 Schwadronen vom ersten leichten Reiter-Regimente und dem nöthigen bespannten Ge- schütz. — Das Benehmen der Truppen ist über alles Lob erhaben. Neumarkt, Pirnaische Gasse, ein Theil der Moritzstraße sind genom- men; dieser Flügel dringt gegen die Kreuzkirche vor. Jäger säu- bern von der Frauenkirche aus die Dächer. — Auf dem rechten Flügel dringen die Truppen, nachdem sie den Zwingerwall ge- stürmt, gegen die Post und Wilsdruffer Gasse vor. Schon sind das Vollsack'sche Haus und mehrere benachbarte große Barrikaden ge- nommen. Die Geschütze feuern mit dem besten Erfolge gegen Po- sitionen, die den Sturmangriffen noch nicht zugänglich sind. — Im Centrum ist das Königliche Schloß besetzt. — Munitionszu- fuhren sind gesichert; eben so die Verpflegung. — Der übrige Theil des ersten leichten Reiterregiments hält die Altstadt cernirt; es wird dazu auch das zweite leichte Reiter-Regiment erwartet.

Leipzig, den 7. Mai. Vormittag 9 Uhr. Wir haben eine Nacht gehabt, wie sie Leipzig außer in der Revolution von 1830, nicht gehabt hat. Schon Nachmittag nahm der Aufstand mehr die kommunistische Farbe an und man scheute sich nicht, offen zu pre- digen, man müsse nehmen, wenn man nicht erhielte. Den ganzen Abend durchzog der Pöbel lärmend und drohend die Straßen, die Kommunalgarde ließ ihn gewähren und hielt, nebst den Thoren, die Post, das Steueramt, das Rathhaus und den Naschmarkt 2c. besetzt, schien aber von dieser Seite jeden Zusammenstoß vermeiden zu wollen, bis nach 9 Uhr die Eskadron beim Patroulliren von der Masse verhöhnt und mit Steinen geworfen wurde. Man machte nunmehr einen Scheinangriff und es wurden 4 Mann umgeritten, wobei einer verwundet, nachdem noch vorher aus dem Haufen ein Schuß auf die Eskadron gefallen war. Nunmehr griff das Volk in verschiedenen Theilen der Stadt die Bürgerwehr durch einzelne Schüsse auf dieselbe an, und es gab dies das Zeichen zum allgemeinen Angriff. Barrikaden schienen an vielen Orten aus der Erde zu wachsen. Man bemächtigte sich dazu der Wagen und Marktbuden, deckte Brunnen ab 2c., doch konnten sie durchaus nicht hinlänglich besetzt und, bis auf eine am Café français, be- hauptet werden, da es dem Volke an Waffen fehlte, obgleich es den Gewehrladen von Meißner im Thomasgäßchen erbrochen und sämmt- liche Waffen geraubt hatte. Man zündete große Feuer vor der Post an und bediente sich dazu der nächstliegenden Buden und sprengte die Nachricht aus, die Kommunalgarde sei zum großen Theil über- gegangen. Gegen 1 Uhr wurde in den nächsten Dörfern Allarm geschlagen und Sturm geläutet. Die Wehrmannschaften von dort eilten herbei, doch gelang es nur der von Stötteritz hinein zu kom- men, die sich ebenfalls auf Seite des Pöbels schlug und die vorbe- zeichnete Barrikade vertheidigte. Aber auch diese wurde heute Mor- gen gegen 6 Uhr genommen, und es ist damit die Ruhe hergestellt und bis jetzt auch erhalten worden. Die Kommunalgarde hat sich bis auf wenig Ausnahmen, (namentlich hatte die 8. Kompagnie erklärt, nicht gegen das Volk gehen zu wollen) brav benommen, muthig geschlagen und verdient das größte Lob. Ihr allein haben wir zu danken, daß nicht geplündert und das Eigenthum geraubt wurde. Es sollen von dieser 2 Mann getödtet und sehr viele verwundet worden sein, vom Volke wären, hörte man, 6 getödtet und 13 bis 20 schwer verwundet. Arrestationen folgen auf Arrestationen, man schätzt die Zahl der Eingebrachten auf 50 bis 100. Vor einer Stunde erschien ein Plakat der Volksführer Schreck, Oelkers 2c., darin sie ihre Abreise nach Dresden, um den dortigen Freiheitshelden beizustehen, erklären, weil sie hier nicht genugsam unterstützt und vom deutschen und anderen Vereinen verlassen worden wären. Der Rath hat angeordnet, daß bis heute Abend alle Buden abgeräumt sein müssen. So eben versammelten sich 2—300 der ersten Bürger der Stadt auf dem Rathhanse und verlangten bis heute Abend kräftigern Schutz durch Herbeiziehung von Militair und sofortigen Arrest aller Führer der Volkspartei. Der Rath verspricht sofort im Plenum darüber zu berathen.

Leipzig, den 8. Mai. Im Laufe der verflossenen Nacht traf von Dresden wieder leichte Infanterie hier ein. Die Nacht verging in voller Ruhe und Sicherheit, die uns seit mehreren Tagen fremd geworden waren. Die gestern endlich getroffenen durchgreifenden Anordnungen, die von Seiten der Studirenden, der Arbeiter, der zur Verstärkung der Wehrvereine eingetretenen Bürger und Einwohner aller Klassen, ferner von den zur Besetzvng der Thore bereitwillig herbeigekommenen Kommunalgarden der nächsten Dorfschaften, der Stadt und der Kommunalgarde derselben geleistete Unterstützung ließ nicht im mindesten Besorgniß aufkommen.

Gestern Abend hat der Bürgermeister Klinger sein Amt in die Hände des Vice-Bürgermeisters Dr. Koch niedergelegt und die Stadt verlassen.

Wien, den 5. Mai. Die gestern stattgehabte lange Unterredung zwischen Welden und Freytag hat auf dem Dampfboote „Franz Carl" stattgefunden. Ein großer Thei der Preßburger Einwohner war Augenzeuge davon. F.-Z.-M. Welden fuhr dann unter Begleitung einer großen Volksmenge über die Brücke nach Karlburg wieder zurück. Sein Hauptquartier soll jedoch nach Preßburg verlegt worden sein. — Man will wissen, daß Görgey den über Galizien einbrechenden Truppen entgegengegangen und daß es bereits zu einem Gefecht gekommen sei. — Man unterhält sich in vielen Kreisen von einer Auslassung, die in den bekannten Ungarischen Beschlußakten vorgefallen wäre. Es soll nämlich darin geheißen haben, daß man vorerst den erledigten Thron dem Könige Ferdinand anbieten wolle und nur dessen Neffen von der Thronfolge als ausgeschlossen betrachte, übrigens erst nach einer entschiedenen Weigerung desselben Ungarn in die Kategorie eines Wahlreiches treten solle.

— Raab ist von den K. K. Truppen geräumt und von den Ungarn besetzt worden. — In Becskerek wurde am 25. April der reiche israel. Handelsman Menzer von den Serben durch Kolbenstöße und Bajonnetstiche getödtet und sein Haus völlig geplündert. Man soll in seiner Fußbekleidung geheime Correspondenzen mit den Magyaren gefunden haben. — Das Armee-General-Commando ist nicht nach Laxenburg verlegt, sondern bleibt vorerst noch auf Befehl des F.-Z.-M. Welden in Oedenburg. — Es bestätigt sich, daß das Preuß. Handelsministerium den Transport der Russischen Truppen auf der Preußischen Eisenbahn gestattet. — Aus Tarnow erfährt man, daß in der Nähe jener Stadt die Russen mittelst einer Pontonsbrücke den Uebergang nach Galizien bewerkstelligen.

Wien, den 6. Mai. Aus Mestre erfährt man, daß die Trenchee-Arbeiten gegen Malghera bis auf 500 Klaftern vorgeschritten sind. Die Truppen sind in den Villen und Palästen der Venetianischen Nobili einquartiert. Bereits über 100 Feuerschlünde sind hier beisammen, um das Bombardement zu eröffnen. Im Hauptquartier sind die 4 Erzherzöge Ferdinand Este, Carl Ferdinand, Wilhelm und Leopold, der Hessische Oberst Fürst Solms, der Russ. Oberst Fürst Trubetzkoi, ein Würtembergischer Major und noch andere Ausländer, die als Freiwillige mitwirken. — Die persönliche Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph im Lager soll einen nochmaligen Aufruf an die Ungarn zur Unterwerfung veranlassen.

— Flüchtlinge, welche am 4ten aus Pesth eintrafen, bringen die Nachricht, daß das Rumpf-Parlament in Debreczin, erschrocken über sein eigenes Werk, welches die Thron-Entsetzung des Kaiserhauses aussprach, diesen Beschluß mit einer großen Majorität zurücknahm. In Pesth hatte der erste Beschluß eine solche Bestürznng hervorgebracht, daß selbst die Kossuthianer verstummten und kleinlaut wurden. Man versichert, daß die Polnischen Führer in Ungarn auf dieser Thron-Entsetzung bestanden und ihr Schwert in die Wagschale legten, um Kossuth zu nöthigen, jetzt mit einer Dictatur hervorzutreten, damit derselbe, da ihm nun kein Ausweg mehr übrig bleibt, den Kampf mit allen schändlichsten Waffen auf Leben und Tod mit Oesterreich fortführen muß. So viel ist indessen gewiß, daß Kossuth von dem Polnischen Einfluß überflügelt ist und maschinenmäßig den Eingebungen der Polnischen Propaganda folgt.

— Zu den kürzlich aus dem Oesterr. Korrespondenten mitgetheilten Notizen über die Herrführer der Magyarischen Partei erhält das konst. Bl. a. B. folgende Berichtigungen. „Von Uminski wissen wir, daß er sich gar nicht in Ungarn befindet, Vetter und Klapka aber sind Ungarn, die früher in Kaiserlichen Diensten standen. Guyon ist ein Irländer; sein Name hat zu dem Irrthume Veranlassung gegeben, daß er ein Franzose sei. Danneberg (nicht Danenberg) ist ein Jude aus Miskolcz, welcher in Amerika gegen Mexico Dienste genommen, und sich daselbst so wacker gehalten hatte, daß er zum Offizier befördert wurde. In seinem neugewählten Vaterlande hörte Danneberg, daß in Ungarn der Krieg losgebrochen sei. Sogleich war er entschlossen, seine Dienste der Heimath zu widmen. Er kam in Bremen zu Anfang dieses Jahres an, und hörte dort, daß die Juden in Oesterreich noch nicht emancipirt seien. Darüber war der neue Amerikaner so entrüstet, daß er umkehren wollte, als er noch zur rechten Zeit erfuhr, daß seine Glaubensbrüder schon durch den letzten Preßburger Reichstag principiell gleichgestellt worden waren. Kossuth vertraute ihm ein Corps an, und was man früher von einem Spanier Don Prado erzählte, der in den Reihen der Magyaren focht, gilt eben unserm Miskolczer Danneberg."

Wien, den 7. Mai. Die Französische Regiernng hat an die Kaiserl. Regierung das Ansuchen gestellt, den Polnischen Emigranten keine Pässe mehr nach Frankreich zu ertheilen, da sie die Ruhe des Landes, in welches sie sich begeben, in hohem Grade gefährden. (Wien. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 6. Mai. Die National-Anwaltschaft hat die Democratie pacifique als erste Verbreiterin eines angeblichen Briefes des Fürsten Metternich an den Fürsten Windischgrätz aufgefordert, ihr das Original dieses Schreibens vorzulegen, sonst werde man sie als Verläumderin oder Fälscherin strafen.

— Das große Nationalfest ging, trotz des enormen Gedränges in den elyseischen Feldern, ohne alle Störung vorüber. Seit Menschengedenken erinnert man sich hier keiner ähnlichen Illumination auf Staatskosten. Am Abend war große Tafel beim Seine-Präfekten Berger, der über 200 Beamte beiwohnten. Von Gliedern des diplomatischen Korps sahen wir nur den Englischen und Dänischen Gesandten beim Feste. Das Journal des Débats verräth uns nicht ohne heimliche Freude, „daß die Privat-Illuminationen nur durch ihre Seltenheit glänzten." Die Bürgerwehr rief übrigens gestern einstimmig: Es lebe die Republik!

— Der Siecle veröffentlicht folgende Zuschrift: Herr Redakteur! Ich bin erstaunt über das Dementi, das der Moniteur einem Gerücht entgegenstellt, zu abgeschmackt, um widerlegt zu werden. Wenn ich den Präsidenten der Republik noch nicht sah, so kommt dies lediglich daher, daß ich es seit meiner Rückkehr aus Madrid nicht für nöthig fand, in das Elysée zu gehen. Die Phrase aber des Moniteur: „der Präsident muß sich streng gegen alle Glieder seiner Familie zeigen, die sich nicht genau nach ihrer Pflicht richten", kann auf mich gar keine Anwendung finden; denn was ich that, that ich mit Recht und Pflicht. Ich will hier Diejenigen nicht bezeichnen, die die Konvenienzen verletzten; aber wenn die Minister sehnsüchtig sind, die Wahrheit kennen zu lernen, so mögen sie die Explikationen auf der Bühne der National-Versammlung hervorrufen. Dort werde ich ihnen antworten.

Empfangen Sie die Versicherung größter Hochachtung.

Paris, den 4. Mai 1849.

(gez.) Napoleon Bonaparte.

Zu Troyes, in der Champagne, fand dieser Tage ein socialistisches Banket statt, dem P. Leroux beiwohnte; es ward jedoch auf gewaltsame Weise unterbrochen, indem Steine auf die Gäste geschleudert und Drohungen gegen sie ausgestoßen wurden. — Der Gerant des zu Limoges erscheinenden „Peuple" ist wegen verfälschter Berichterstattung über die dort stattgehabten Prozeß-Verhandlungen in Betreff der Ruhestörungen von dem Assisenhofe zu drei Jahren Gefängniß und 6000 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden.

Italien.

Rom, den 27. April. Der ungewisse Zustand dauert fort. Indeß erschien gestern ein Dekret der National-Versammlung, welches die Triumvirn beauftragt, das Vaterland zu retten und Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Man versichert, daß vor dem Thore Cavalleggieri, das nach Civitavecchia führt, Barrikaden errichtet werden; daß man in den vatikanischen Gärten an einer Stelle, welche die Straße nach jener Stadt beherrscht, Kanonen aufgepflanzt, die Tiberbrücke vor Porta del Popolo, den weltbekannten Ponte molle, unterminirt habe. Auch vor Porta S. Giovanni soll man gegen die Neapolitaner Barrikaden bauen. Da indeß Niemand zum Thore hinaus gelassen wird, so erfährt man eben nichts Gewisses. Der Gang, welcher auf Bögen aus dem Vatikan in die Engelsburg führt, wird zu besserer Vertheidigung einiger Theile der Stadt, wie es in dem betreffenden Dekrete heißt, sofort demolirt. Kurz, man giebt sich ganz das Ansehn, als ob man sich ernstlich vertheidigen wolle.

— Ueber die Römischen Ereignisse vom 24. und 25. April tragen wir folgende Einzelheiten nach: Der Genuesische General Avezzana, seit 4 Tagen Kriegsminister, erklärte auf die Anfragen in Betreff der Streitkräfte der Republik, daß 10,000 Mann sich in der Stadt befänden, daß jedoch diese Truppen ganz neu formirt und weder Kavallerie noch Artillerie eingeübt wären. Die übrigen Truppen, gegen 8000 Mann, ständen an der Neapolitanischen Grenze, die man in diesem Augenblicke nicht entblößen könne. Er fügte hinzu, daß die Bürgerwehr vom Rom 4000 Mann stark, aber unfähig sei, einen ernstlichen Krieg auszuhalten. Die National-Versammlung und das Triumvirat beschlossen daraf Proklamationen an das Römische Volk und eine Protestation gegen die Französische Expedition. Am folgenden Tage wurde das Volk von den Ereignissen in Kenntniß gesetzt. Die Proklamation des Generals Oudinot brachte eine große Aufregung hervor, als es dem Triumvirat besonders durch den Beistand des Pater Gavazzi gelang, eine Bewegung zu vereiteln, die leicht zu einer ähnlichen Reaktion wie in Florenz hätte führen können. Rom blieb ruhig. Die Thore der Stadt wurden geschlossen; Niemand durfte hinaus.

Livorno hatte sich bei Abgang der neuesten Nachrichten noch nicht ergeben. Von Zeit zu Zeit wurden einige Flintenschüsse mit den Toskanischen Vorposten gewechselt.

Mestre, den 1. Mai. Dem Briefe eines K. K. Offiziers vor Malghera entnehmen wir folgende Notiz:

Noch ist kein Schuß von unserer Seite geschehen; aber übermorgen werden 60 Stück der gröbsten Gattung dem jetzt unendlich kecken Feinde unsere Absichten deutlich an den Tag legen; jede zweite Minute wird eine Bombe oder Kugel nach Malghera fliegen, und nach der Art, wie der Feind seine Geschütze, nämlich ohne Deckung von oben, placirt hat, wird hoffentlich unser Bombardement nicht lange zu dauern brauchen. Was dann weiter geschicht, weiß ich noch nicht. Das regste Leben herrscht beim ganzen Belagerungskorps; auf allen Seiten sieht man Vorbereitungen für den nächsten Tag oder die Nacht. Prinzen, Russische, Würtembergische, Säch-

sische Oberste und Generäle sind als Gäste hier; ein Schlachten-Maler treibt sich in den Trancheen herum und zeichnet allerhand Interessantes, dessen es hier in großer Menge giebt.

Meiner Meinung nach sind wir bis Sonntag oder Montag in Malghera; es wird wohl einige Arbeit kosten, aber der hier gesammelten Kraft kann der Feind nicht lange widerstehen. Was ihn am meisten ärgert, ist, daß wir Tag und Nacht fortarbeiten, ohne uns um seine Schießerei zu kümmern; das Wetter ist vorzüglich, der Mondschein genirt nicht, da wir keine Geheimnisse mehr haben. (Wien. Z.)

Mailand, den 2. Mai. Herr von Bruck hat mit den ihm zu seiner außerordentlichen Mission beigegebenen Sekretairen die Stadt verlassen, und wird über Verona und Triest zurückreisen.

Venedig, den 20. April. Hier lebt man, ermuthigt durch einen Brief des Venezianischen Abgeordneten in Paris (Pasini), fast allgemein in der Hoffnung, die Großmächte würden Venedigs Unabhängigkeit anerkennen. Die Denkenden meinen freilich, man werde nicht ein zweites Krakau, einen Revolutionsheerd für Italien schaffen wollen. Indessen wissen die Venezianer so viele Gründe für ihre Behauptung aufzufinden, daß man den Scharfsinn manchmal bewundern muß. Der Klerus hilft dabei redlich mit. Der Mord des Obersten Marinovich, Zichy's schmachvolle Capitulation, der Sturz der Piemontesischen Herrschaft (am 11. Aug. 1848), ja jedes nur einigermaßen wichtigere Ereigniß wird als Wunder der seligsten Jungfrau verkündigt, und wehe dem, der daran zu zweifeln wagte oder gar widerspräche! Jetzt möchte man neuerdings ein solches Wunder verschreiben. Im Dom zu St. Marcus ist wieder das Gnadenbild ausgestellt, um Abwehrung der Blokade und Venedigs Unabhängigkeit zu erflehen. Auch werden zu diesem Zweck dreißig Tage lang Prozessionen aus den einzelnen Pfarrsprengeln statthaben: bereits haben sie begonnen und sind höchst zahlreich. Die Journalistik verlor einen tüchtigen Arbeiter an Giuseppe Vollo, der wegen eines Artikels, betitelt „Manin in Gaëta" aus Venedig verbannt wurde, was jetzt sehr häufig geschieht. Er schilderte in demselben mit scharfen aber wahren Zügen die Umgebung Manins, die er sämmtlich als austriacanti darstellte, und forderte zur Unterschrift einer Petition auf, die den Dictator zur Ergreifung von ernsthafteren Maßregeln bewegen sollte. — Auf die Verfälschung des Papiergeldes (was bereits geschah) ist dieser Tage die Todesstrafe gesetzt worden. Die Banknoten verlieren gegen Silber 40 Proc., und gegen Gold 50 Proc.; wie weit wird man noch kommen! Den größten Mangel leidet man an Holz, welches jetzt beim Verkauf gewogen wird. Ein Italienisches Pfund kostet einen Kreuzer. Da nun eine Wiener Klafter gewöhnliches Buchenholz beiläufig 3800 Italienische Pfund wiegt, so kommt die Wiener Klafter auf dreiundsechzig Gulden C. M. zu stehen! Die Lebensmittel sind zwar auch um etwas theurer; doch ist bei ihnen der Abstand gegen sonst noch nicht so groß. Das Fleisch kostet 20 Kr. C. M. die Lira ($\frac{3}{4}$ Wiener Pfund), während es sonst in der Regel 12 bis 13 Kr. gekostet. Uebrigens ist (man muß es zur Ehre der Venezianer sagen) die Ruhe deßhalb bis jetzt noch noch nicht einen Augenblick gestört worden. (A. Z.)

— Ein Brief in einem Französischen Blatte schildert die Verwirrung, welche in Rom in den letzten Tagen herrschte. Es heißt darin: Rom, den 23. Unerhört — man denkt an nichts, als an die Feier der Gründung Roms. — Die Politik ist bei Seite geschoben. Am 24. Mazzini kündigt an, daß die Expedition zu Gunsten der Republik komme. Er hat darüber Briefe aus Paris bekommen, zeigt sie und erläßt eine Proklamation in diesem Sinne. Am 25. Die Sprache ändert sich. Man erklärt, man sei im Irrthum gewesen. Die Franzosen wollen die Republik stürzen. Der Augenblick ist da, die Republik zu retten. Der General Apezzana will mit der Sprache nicht heraus, ob er Widerstand leisten kann. Man bildet sich zum geheimen Comite, er spricht von einem Rückzug auf Ancona. Am 26., Morgens. Die Clubs erklären sich in Permanenz und wollen eine große Demonstration organisiren, um zu beweisen, daß in Rom keine Anarchie herrsche. Die rothen Mützen werden seltener. Am 26., um 3 Uhr. Ein Courier bringt von der Neapolitanischen Grenze die Nachricht, daß die Truppen Ferdinands von Rieti heranrücken. Die Aufregung ist ungeheuer. Die Demonstration wälzt sich durch die Straßen und läßt ein fürchterliches Gebrüll hören. Die Einwohner consternirt, die Truppen, in den Casernen consignirt, bleiben unter den Waffen. Apezzana's Plan ist unbekannt, er nimmt gar keine Position ein. Um 4 Uhr. Ein wahrhaft panischer Schrecken herrscht. Eine Menge Menschen flüchten aus der Stadt. Man spricht von einer Erhebung in Masse. — Der General Oudinot hat Civitavecchia in Belagerungs-Zustand erklärt. Die Nachricht, daß die Friedens-Unterhandlungen in Mailand wieder aufgenommen seien, erklärt der „Saggiator" jetzt für voreilig.

Locales ꝛc.

Posen, den 10. Mai. Heute ist mit der Eisenbahn das Landwehrbataillon aus Samter hier angelangt und hat nach einer kurzen Rast, während welcher von Seiten der Stadt den Landwehrmännern ein Frühstück verabreicht ward, den Marsch nach Glogau angetreten.

†* Bromberg, den 8. Mai. Aus Gnesen sind hier Nachrichten eingegangen, welche dort in diesen Tagen bedeutende Excesse Seitens der Polen befürchten lassen. Aus Znin ist ebenfalls gemeldet worden, daß dort morgen, am 9ten, an welchem Tage Potocki bei Znin erschossen wurde, eine Todtenmesse gehalten werden solle, zu welcher allein 24 Geistliche von Nah und Fern ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die ganze Umgegend ist zu derselben eingeladen. Nach der Messe soll an der Stelle, wo Potocki gefallen ist, ein Kreuz errichtet werden. Es ist für diesen Tag und die nächste Zukunft die dortige Garnison sehr bedeutend verstärkt, und die Aufrichtung des Kreuzes untersagt worden; die kirchliche Feier, soweit sie rein eine solche bleibt, soll dagegen nicht gestört werden.

Theater.

Dienstag, den 8ten d. ging Gutzkow's bekanntes Lustspiel: „Zopf und Schwerdt", und zwar mit theilweise neuer Besetzung, wieder einmal über unsere Bühne. In der Rolle der „Prinzessin" lernten wir eine neue (engagirte?) Schauspielerin, Fräul. Graf aus Potsdam, kennen, die von einem vortheilhaften Aeußern unterstützt, durch angemessene, von richtiger Auffassung zeugende Deklamation und gewandtes Spiel sich Anerkennung zu verschaffen wußte. Ein gründlich motivirtes Urtheil über ihr Talent muß Ref. sich bis nach ihrem ferneren Auftreten vorbehaten. Herr Karsten wußte die Widersprüche im Charakter des Königs in recht ansprechender Weise zur Anschauung zu bringen, und eben so Hr Dectz die Kunstbegeisterung „Eckhoffs. Frau Karsten (Königin), Fräul. Pfeiffer (Hofdame) und Herr Echten (Eversmann) genügten ihren Rollen; dagegen verdienen die Herren Bursche (Hotham) und Merbitz (Erbprinz) nur bedingtes Lob, indem ersterer mehrfach den rechten Ton verfehlte und sich überhaupt kein recht klares Bild von seiner Aufgabe gemacht zu haben schien, und letzterer das vornehme Wesen eines Fürsten durch gespreizte Haltung und naturwidriges Pathos zur Anschauung zu bringen strebte. Auch ist nicht recht zu begreifen, warum er die an die Prinzessin gerichtete Liebeserklärung, die doch von Niemandem außer ihr selbst gehört werden sollte, so laut abschrie, daß sie nothwendigerweise im ganzen Schlosse hätte vernommen werden müssen. Daß doch so manche sonst nicht talentlose Schauspieler durch sogenanntes heldenmäßiges Declamiren unter Aufopferung der Naturwahrheit mehr zu wirken glauben, als durch einfach inniges Spiel! X.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Erklärung.

Es scheint, daß einer der Vertrauensmänner der deutschen Verbrüderung das Schäfchen über's Wasser schleppen soll und dieser „Einer" soll ich wohl seyn. Ich bin aber hierzu durchaus nicht geneigt. — In dem vom Vorsitzenden Herrn Müller und mir unterschriebenen Protokolle der Sitzung vom 4ten d. Mts. lautet es wörtlich:

„Die Wahl des Lokals und die sonstigen nothwen-
„digen Schritte werden E. Samter überlassen."

Es ist in diesem Protokolle kein Sterbenswörtchen drin, welches mir die Befugniß hätte nehmen sollen, eine Ansprache an das Publikum durch Plakate zu erlassen. War das Protokoll unrichtig und mangelhaft, so hätte der Vorsitzende, Herr Prof. Müller, dasselbe nicht unterschreiben sollen. Er hat aber dasselbe durchgelesen und unterzeichnet und ich habe stricte nach dem Protokolle gehandelt. — Nach aufgehobener Sitzung bat ich Herrn Dr. Wendt, ein Plakat mit passender Ansprache zu verfassen. Er lehnte es ab und ich übernahm es. Meine Frage an den Vorsitzenden beim Nachhausegehen: „ob ich ihm die Ansprache vor dem Druck vorlegen sollte", wurde verneint, und er selbst rieth mir dazu, sie im Namen aller Vertrauensmänner zu erlassen. — Wenn nun fest steht, daß das Protokoll vom 4ten d. M. mir die Befugniß nicht nahm, eine Ansprache an das Publikum zu richten, auch überhaupt mündlich von keinem Vertrauensmanne die Frage: „ob Plakat mit oder ohne Ansprache" angeregt wurde — so wird hoffentlich kein Ehrenmann mich einer Ueberschreitung der mir eingeräumten Befugniß anklagen können. Durch das im Protokolle mir gegebene Recht hielt ich mich für ermächtigt, eine Aufforderung in der Art an meine Mitbürger ergehen zu lassen, um Manchen aus seiner Belagerungszustands-Lethargie zu erwecken. Wenn gefehlt wurde, so tragen alle Vertrauensmänner, welche an der Sitzung am 4ten d. Theil nahmen, die Schuld. Zum Sündenbock geb' ich mich nicht her. Eli Samter.

Zu der Entstehungsgeschichte des Plakats wegen Berufung einer Volksversammlung in der Deutschen Frage in No. 107. d. Ztg. bemerke ich, daß, wie ich überhaupt gegen die Berufung einer Versammlung gestimmt, so auch an dem Auftrage an Herrn Eli Samter, ein Plakat zu diesem Behuf zu machen, in keiner Weise Theil genommen habe. Im Uebrigen verweise ich auf die Erklärung zur Sache in No. 105 d. Ztg. **Dr. Klee.**

Marktberichte. Posen, den 9. Mai

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf. bis 2 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf. Roggen 25 Sgr. 6 Pf. bis 1 Rtlr. Gerste 20 Sgr. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 15 Sgr. 7 Pf. bis 17 Sgr. 9 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Ctr. zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfd. 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Posen, den 9. Mai. (Nichtamtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles unverändert 12 — $12\frac{1}{6}$ Rthlr.

Berlin, den 8. Mai.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54 — 58 Rtlr. Roggen loco und schwimmend 25 — 26 Rthlr., pr. Frühjahr 82pfünd. $24\frac{3}{4}$ a 25 Rtblr. bez. u. G., Mai/Juni 25 Rthlr. Br., $24\frac{3}{4}$ G., Juni/Juli $25\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $25\frac{1}{4}$ a $\frac{1}{2}$ bez. u. G., Juli/August $26\frac{1}{2}$ Rtlr Br., 26 a $26\frac{1}{4}$ G., September/Okt. 28 Rthlr. bez. u. Br. Gerste, große loco 21 — 23 Rthlr., kleine 18 — 20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14 — 15 Rthlr., pr. Juni/Juli 48pfünd. $14\frac{1}{4}$ Rthlr. Br. Rüböl loco $14\frac{1}{12}$ Rthlr. bez u. Br., pr. Mai $14\frac{1}{12}$ Rthlr. Br., 14 G., Mai/Juni 14 Rthlr., $13\frac{5}{6}$ a $\frac{3}{4}$ Rthlr. gehandelt, Juni/Juli $13\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{7}{12}$ G., Juli/August $13\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $13\frac{5}{12}$ G., Aug./Septbr. $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 13 G., Sept./Okt. 13 Rthlr. bez. u Br., Okt./November $12\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $12\frac{2}{3}$ G. — Leinöl loco $10\frac{1}{4}$ Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{5}{12}$ a $14\frac{1}{2}$ Rtlr. bez., Mai/Juni $14\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{3}{4}$ G, Juni/Juli $14\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $14\frac{3}{4}$ G., Juli/Aug. $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{3}$ G., Aug./Sept $15\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $15\frac{3}{4}$ G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.